

Matthias Hauer

Ihr Abgeordneter für den Essener Süden und Westen

Newsletter ... 5/15

24.04.2014



© Deutscher Bundestag/ Achim Melde

Weitere Hilfen des Bundes für Kommunen

Gestern hat der Deutsche Bundestag in erster Lesung über einen Nachtrag zum Bundeshaushalt 2015 beraten – und damit auch über eine weitere deutliche Finanzspritze für die Kommunen. Den finanzschwachen Kommunen kommen 3,5 Milliarden Euro mehr für Investitionen, vor allem in die Infrastruktur, zugute. „Das ist eine tolle Nachricht für Essen, da dieser Fonds gezielt die finanzschwachen Kommunen unterstützen soll“, kommentiert Matthias Hauer MdB das Gesetz. Außerdem wird der Bund die Länder und Kommunen in diesem und im nächsten Jahr mit jeweils 500 Millionen Euro bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern zusätzlich unterstützen.

Radikalisierung verhindern

Mehr als 3.000 radikale Islamisten aus Europa kämpfen derzeit auf Seiten des Islamischen Staates (IS) in Syrien und im Irak. Der Deutsche Bundestag will verhindern, dass gewaltbereite Personen aus der Bundesrepublik ausreisen, um sich im Ausland zu radikalieren und anschließend nach Deutschland zurückzukehren. Dafür wurde gestern das Personalausweisgesetz geändert. Es sieht nun vor, dass Personen, die zum Beispiel eine terroristische Vereinigung unterstützen, statt des Personalausweises Ersatzdokumente erhalten. Der Ersatz-Personalausweis dient nur der Identifizierung im Inland und hat einen Ausreise-Sperrvermerk. Grund für diese Änderung ist die bislang vielfach genutzte Möglichkeit, mit dem Personalausweis über die Türkei in die Kampfgebiete im Irak und in Syrien auszureisen. „Wir müssen Terrorismus wirksam bekämpfen und eine Radikalisierung von Menschen bestmöglich verhindern. Die Änderung des Personalausweisgesetzes ist nur eine von zahlreichen Maßnahmen in diesem Bereich. Auch z.B. die geplante Vorratsdatenspeicherung wird dazu beitragen, die Menschen besser vor Terrorismus und Organisierter Kriminalität zu schützen. Sie ist ein guter Ausgleich zwischen dem Sicherheitsbedürfnis einerseits und der Wahrung von Freiheits- und Persönlichkeitsrechten andererseits“, so Matthias Hauer.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Essenerinnen und Essener!

Die Demonstration einer rechtsradikalen Partei am 1. Mai wird durch den Essener Polizeipräsidenten Frank Richter nicht verboten: Diese Nachricht hat in den vergangenen Tagen einige Menschen in Essen regelrecht aufgebracht. Aus meiner Sicht hat der neue Polizeichef richtig entschieden. Die Polizei hat nach Recht und Gesetz zu entscheiden – nicht mehr und nicht weniger.

Ich finde es unerträglich, wenn Rechtsradikale, Linksradikale oder religiöse Fanatiker durch Essen ziehen, um für ihre menschenfeindlichen Ideologien zu werben. Dennoch müssen wir es ertragen, solange es vom Grundrecht auf Versammlungsfreiheit geschützt ist. Wenn eine radikale Organisation das Urteil eines Verwaltungsgerichts erwirkt, das ihr bescheinigt, dass ihr Recht durch ein polizeiliches Verbot verletzt wurde, dann wäre dies ein schlimmes Zeichen.

Für Parteiverbote – und damit für die Entscheidung, ob eine Partei die freiheitlich-demokratische Grundordnung beseitigen will – ist und bleibt in Deutschland nicht die Polizei, sondern das Bundesverfassungsgericht zuständig.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern meines Newsletters einen friedlichen 1. Mai.

Ihr

Matthias Hauer MdB



Berlin



Michelle Ulbl (4.v.l.) gemeinsam mit allen Girls' Day-Teilnehmerinnen und Matthias Hauer MdB in Berlin

Altendorferin zum Girls' Day bei Matthias Hauer

Der 23. April ist deutschlandweit ein Berufsorientierungstag für Mädchen. Auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich am Girls' Day beteiligt und für zehn Mädchen ein interessantes Programm zusammengestellt. Mit dabei war Michelle Ulbl aus Altendorf, die Matthias Hauer MdB für den Girls' Day nach Berlin eingeladen hatte. Die 16-jährige Gymnasialschülerin hatte sich unter mehreren Bewerberinnen aus Essen durchgesetzt. Ihre Reisekosten übernahm der Abgeordnete selbst. „Ich fand es sehr spannend zu sehen, wie die Arbeit in den Bundestagsgebäuden, die man als Besucher sonst oft nur von außen kennt, aussieht“, sagte Michelle Ulbl nach dem Tag. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte ein vielseitiges Programm vorbereitet: Neben der Möglichkeit, persönlich mit Abgeordneten – sowohl Frauen als auch Männern – zu sprechen, konnten die Schülerinnen auch die Arbeit hinter den Kulissen, zum Beispiel in der Online-Redaktion der Fraktion sowie in der Druckerei kennenlernen. Matthias Hauer MdB berichtete den Girls' Day-Teilnehmerinnen unter anderem von seinem persönlichen Werdegang, seiner Berufswahl und den täglichen Aufgaben in einem Bundestagsbüro. „Vielen Dank für den spannenden Tag in Berlin!“, sagte Michelle Ulbl zum Abschied.

Völkermord an den Armeniern

Am 24. April 2015 hat der Deutsche Bundestag an die Vertreibungen und Massaker an den Armeniern im damaligen Osmanischen Reich vor 100 Jahren erinnert. Bundestagspräsident Norbert Lammert fand in der Debatte klare Worte zu den Ereignissen vor 100 Jahren: „Das, was mitten im Ersten Weltkrieg im Osmanischen Reich stattgefunden hat, unter den Augen der Weltöffentlichkeit, war ein Völkermord.“ Ähnlich deutlich hatte sich bereits am Vortag Bundespräsident Gauck zu der Thematik geäußert und in diesem Zusammenhang auch an die deutsche Mitverantwortung – das Deutsche Kaiserreich war während des Ersten Weltkriegs engster Verbündeter des Osmanischen Reiches – erinnert. Unter Historikern ist heutzutage klar, dass die Vertreibungen und Massaker im Jahr 1915 darauf abzielten, die Armenier im Osmanischen Reich als ethnisch-religiöse Gruppe ganz oder teilweise zu zerstören, und es daher zutreffend ist, von einem Völkermord zu sprechen. Auch Matthias Hauer MdB schließt sich dieser Einschätzung an: „Der Völkermord an den Armeniern ist eine historische Tatsache. Die Türkei sollte das endlich akzeptieren und mit der Anerkennung und Aufarbeitung des Völkermordes die Weichen in Richtung Versöhnung stellen.“



Die Essener Gruppe vor der Reichstagskuppel © Bundesregierung

Engagierte Essener zu Besuch in Berlin

Zahlreiche politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger aus Essen haben Matthias Hauer MdB Ende April in der Hauptstadt besucht. Dabei waren auch einige Mitglieder der CDU-Ratsfraktion, des Integrationsrates und weitere ehrenamtlich Engagierte. Auf dem Programm stand neben dem Besuch des Reichstagsgebäudes, der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen und dem Haus der Wannsee-Konferenz auch eine Besichtigung der Gedenkstätte Berliner Mauer. In einem ausführlichen Gespräch stellte sich Matthias Hauer den Fragen der Essener Gäste und berichtete von seiner täglichen Arbeit in Berlin und Essen. „Wer mit einer Gruppe in Berlin ist und das Parlament besuchen möchte, kann sich vorab gerne in meinem Büro melden“, so Matthias Hauer.

Essen



Stimme für den Erhalt der Notfallpraxen

Am 11. April hat Matthias Hauer MdB auf der Kettwiger Straße die Petition zur Sicherung der Sprechzeiten der Kinder-Notfallpraxis am Elisabeth-Krankenhaus unterzeichnet. Vor Ort waren auch die beiden Initiatoren Sven Risken (l.) und Marcus Huber (r.). „Mir ist es wichtig, dass alle Notfallpraxen in Essen erhalten bleiben, um die medizinische Versorgung auch außerhalb der ärztlichen Sprechzeiten bestmöglich sicherzustellen“, betonte der Bundestagsabgeordnete. „Ich rufe die Essenerinnen und Essener dazu auf, die verschiedenen Initiativen zum Erhalt der Notfallpraxen zu unterstützen.“ Im Februar hatte die Kassenärztliche Vereinigung verkündet, zwei der vier Essener Notfallpraxen schließen zu wollen.

Besuch bei der Essener DHL-Zustellbasis

Am 17. April hat Matthias Hauer MdB die DHL-Zustellbasis in Essen besucht. In der „Mechanisierten Zustellbasis“ werden die Pakete automatisch auf die passenden Bezirke der DHL-Zusteller vorsortiert. Die Halle ist etwa 7.000 m² groß. Tausende Pakete werden dort pro Tag sortiert und verteilt. Mit Zustellbasis-Leiterin Inga Lena Hemmert (2.v.r.), Abteilungsleiterin Nicole Rehaag (l.) und dem regionalen Politikbeauftragten Berthold Hoppe (r.) tauschte sich Matthias Hauer über den wachsenden Paketmarkt und die damit verbundenen Herausforderungen aus. „Ich habe einen modernen Betrieb und sehr motivierte Mitarbeiter erlebt“, kommentierte der Bundestagsabgeordnete den Besuch.



Ruhrhalbinsel: Ostergrüße ins Altenheim

Gemeinsam mit der Jungen Union Ruhrhalbinsel hat Matthias Hauer MdB am 4. April die Altenheime im Essener Südosten besucht. Das Bild zeigt den Besuch im Katholischen Altenpflegeheim St. Georg in Heisingen zusammen mit Sophie Hemmer (2.v.r.), Vorsitzende der Jungen Union Ruhrhalbinsel, Jessica Roth (l.), Vorsitzende der Jungen Union Essen, und der Heimleitung. „Jedes Jahr am Karstamstag erfreuen wir die Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Angestellten mit Ostergrüßen und hunderten roten Rosen“, berichtet der Bundestagsabgeordnete. „Gerade weil einige Seniorinnen und Senioren selten Besuch bekommen, sind ihnen die Grüße der jungen Menschen eine besondere Osterfreude.“

Im Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern in Heisingen und Werden



1.216 Eier – entsprechend dem Alter von Werden – hat die CDU am Karstamstag in Werden verschenkt (l.). Dabei gab es die Möglichkeit, sich mit CDU-Oberbürgermeisterkandidat Thomas Kufen MdL, Matthias Hauer MdB und weiteren Politikern vor Ort auszutauschen. Die nächste Bürgersprechstunde von Matthias Hauer MdB fand dann am 10. April mit örtlichen CDU-Vertretern vor dem Heisinger Rathaus statt (m./r.).

Kontakt



Büro Berlin

Deutscher Bundestag
Matthias Hauer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 227 75169

Fax: 030 227 76169

Unterstützen mich in Berlin: Dirk Stahns,
Elena Zettelmeyer, Katrin Arnholz (v.l.)



Büro Essen

Matthias Hauer MdB
Blücherstr. 1
45141 Essen

Tel.: 0201 545 46100

Fax: 0201 545 46101

Unterstützen mich in Essen: Constantin Hesselmann, Daniela Rittkowski, Marie Kohls (v.l.) sowie Nils Sotmann

E-Mail: matthias.hauer@bundestag.de

Facebook: facebook.com/matthiashauer.cdu

Twitter: twitter.com/MatthiasHauer

